

### Ärzttekammern: Allgemeinmedizin an allen Unis

Die Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe fordern die Einrichtung von Lehrstühlen und Instituten für Allgemeinmedizin an allen medizinischen Fakultäten in NRW. Diese Lehrstühle sollten finanziell und personell entsprechend ihrer Bedeutung im Versorgungsalltag ausgestattet werden, heißt es in einer gemeinsamen Resolution. Schon frühzeitig im Studium soll so ein Bezug zur Allgemeinmedizin etwa durch Famulaturen in Hausarztpraxen hergestellt werden. Außerdem soll die Allgemeinmedizin als Wahlfach im Praktischen Jahr besonders unterstützt werden. Die gemeinsame Resolution „Gegen den drohenden Ärztemangel: Ärztekammern in NRW wollen Stärkung der hausärztlichen Versorgung“ findet sich im Internet unter [www.aekno.de/Nachrichten](http://www.aekno.de/Nachrichten).

ble

### Mehr Mobilität für Studierende im Praktischen Jahr

Die Bundesregierung plant eine Lockerung der Standortbeschränkungen für Medizinstudenten im Praktischen Jahr (PJ). So sollen PJler künftig mehr Freiheit bei der Auswahl eines Lehrkrankenhauses haben, heißt es in einem Positionspapier des Bundesgesundheitsministeriums für das geplante Versorgungsgesetz. „Dabei sollte auch ermöglicht werden, das Praktische Jahr außerhalb der Universitätsklinik der Heimatuniversität und der ihr zugeordneten Lehrkrankenhäuser zu absolvieren.“ Mit ihren Plänen unterstützt die Bundesregierung Forderungen von Studentenvertretern im Hartmannbund oder der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland.

ble

## Aus für Studiengebühren in NRW

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat in der Plenarsitzung am 24. Februar 2011 die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen. Ab dem Wintersemester 2011/2012 sind die rund 472.000 Studierenden in NRW von den Gebühren, die bis zu 500 EUR betragen, befreit. NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) sagte in der Debatte: „Das ist ein Wendepunkt in der Bildungspolitik, von dem jeder vierte Studierende in Deutschland profitiert.“ Damit löst die NRW-Minderheitsregierung ein weiteres Wahlversprechen ein.

Zum Ausgleich für die wegfallenden Gebühren garantiert das „Gesetz zur Verbesserung der Chancengleichheit am Hochschulzugang“ den Hochschulen den Gesamtbetrag des bisherigen Stu-



NRW-Wissenschaftsministerin **Svenja Schulze** erklärt die soziale Auslese durch Studiengebühren in NRW für beendet. Foto: Dietmar Wadewitz

diengebührenaufkommens in Höhe von mindestens 249 Millionen Euro pro Jahr als Mittel zur Verbesserung der Qualität der Lehre. Die Mittel müssen durch die Hochschulen zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden, beispielsweise für zusätzliche Lehrkräfte oder Tutoren. Das Geld, das zusätzlich zur Grundfinanzierung von rund 4,5 Milliarden Euro fließt, kann nicht zur Erhöhung der Aufnahmekapazitäten

verwendet werden. Die Mittel werden nach der Anzahl der Studierenden in der 1,5-fachen Regelstudienzeit auf die Hochschulen verteilt. „Das Geld folgt den Studierenden, weil jede Studentin und jeder Student uns gleich wert ist“, erklärte Schulze zum Verteilungsmodus. Der Deutsche Gewerkschaftsbund NRW begrüßte das Gesetz. Der Vorsitzende Andreas Meyer-Lauber sagte: „Vor dem Hintergrund, dass in keinem anderen OECD-Staat die soziale Selektion im Bildungssystem so groß ist wie bei uns, ist die Abschaffung der Studiengebühren der richtige Weg zu mehr Chancengleichheit.“

Weitere Informationen zum Aus für die Studiengebühren in NRW unter [www.innovation.nrw.de](http://www.innovation.nrw.de).

bre

## Bachelor und Master in der Medizin?

**Bundesgesundheitsminister** Dr. Philipp Rösler hat sich in einem Interview mit dem Studierendenmagazin *Unicum* gegen die Einführung von Bachelor und Master beim Medizinstudium ausgesprochen. Er sagte: „Ich glaube auch, dass man in dem Bereich die Grundidee, die hinter Bachelor und Master steht, gar nicht übertragen kann. Denn der Bachelor soll ja per Definition ein erster berufsqualifizierender Abschluss sein, und das sehe ich in der Medizin in der Form so nicht. Man muss das Staatsexamen in der Medizin erhalten. Das ist auch die Haltung der Bundesregierung.“

Dagegen kann sich die Hochschulrektorenkonferenz durchaus vorstellen, den Bologna-Prozess auf die Humanmedizin zu übertragen. Sie hat mit der Broschüre

„Medizinstudium, quo vadis? Auf dem Weg zu einer europäischen Ärzteausbildung“ einen Diskussionsbeitrag zu der Debatte veröffentlicht. Das rund 60 Seiten starke Heft fasst die Ergebnisse einer Konferenz zu Chancen und Grenzen der Bologna-Reformen in der Medizin zusammen. Die Beiträge betonen die Möglichkeiten, die mit Einführung von Bachelor und Master im Medizinstudium verknüpft sein könnten und verweisen auf ausländische Beispiele. Gleichzeitig werden die Risiken und Schwierigkeiten benannt, die daraus für die Medizinerausbildung erwachsen.

Die Broschüre kann unter [bolognaversand@hrk.de](mailto:bolognaversand@hrk.de) oder unter [www.hrk-bologna.de/bologna/de](http://www.hrk-bologna.de/bologna/de) bestellt werden.

bre

### „Studium und Berufseinstieg“ im Internet

Alle Beiträge der Rubrik „Studium und Berufseinstieg“ des *Rheinischen Ärzteblattes* können auch auf der Homepage der Ärztekammer Nordrhein [www.aekno.de](http://www.aekno.de) nachgelesen werden. Die Homepage hat einen eigenen Bereich für Medizinstudenten unter [www.aekno.de/Medizinstudium](http://www.aekno.de/Medizinstudium).

bre

### Onkologie: Studiengang für Postgraduierte

Die Universität Ulm bietet seit dem Wintersemester 2010 den internationalen Weiterbildungsstudiengang „Advanced Oncology“ für Onkologen und in der Onkologie forschende Naturwissenschaftler an. Der Studiengang, der mit dem Titel „Master of Science“ abschließt, ist berufs begleitend konzipiert. Er ermöglicht Onkologen, zeitlich und örtlich flexibel zu studieren und sich auf Führungsaufgaben in Klinik und Forschung vorzubereiten. Der modulare Aufbau verfolgt eine vernetzte Kompetenzentwicklung in der onkologischen Diagnostik und Therapie, der Durchführung wissenschaftlicher Studien sowie der Führungsaufgaben an onkologischen Zentren. Präsenzseminare, tutorielle Begleitungen und Online-Konferenzen sollen den Austausch mit renommierten internationalen Experten ermöglichen, da die Universität Ulm Kooperationen beispielsweise mit dem Center for Clinical Trials, der European School of Oncology oder der School of Public Health der University of North Carolina unterhält. Die sechs Module sind über vier Semester verteilt.

Die Anmeldefrist für den kommenden Studiengang endet am 15. Mai 2011. Weitere Informationen unter Tel.: 09 31/50 06 94 09, E-Mail: [simona.diehm@uni-ulm.de](mailto:simona.diehm@uni-ulm.de) und im Internet unter [www.uni-ulm.de/med/masteroncology.html](http://www.uni-ulm.de/med/masteroncology.html).

bre